Detailansicht des Regelungsvorhabens

Europäischer Verordnungsvorschlag: Keine Einführung von Regelungen, die den Rechtsstaatsbericht der EU-Kommission untergräbt.

Aktuell seit 30.10.2026 11:18:34

Angegeben von:
Deutscher Anwaltverein e.V. (R000952) am 30.10.2026

Beschreibung:
Die deutsche Bundesregierung sowie die an der Gesetzgebung beteiligten Stellen sollen dazu bewogen werden, sich auf Europäischer Ebene gegen derzeitige Vorschläge im Rahmen der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der Union für die Jahre 2028-2034 (NRPP-Verordnung) einzusetzen, die die Rolle unabhängiger Akteure wie die Anwaltschaft bei der Abfassung des Rechtsstaatsberichts der EU-Kommission untergraben würde.

Betroffene Interessenbereiche (2)

EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]
Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. **SG2610290033** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 13.08.2026 an:

   Bundesregierung
   Auswärtiges Amt (AA) [alle SG dorthin]
   Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]